

Edward P. Joseph:

Back to the Balkans

Foreign Affairs, Jg. 84, Nr. 1 (Jänner/Februar 2005), S. 111–122

Obwohl Südosteuropa auf absehbare Zeit nicht in das Chaos der neunziger Jahre zurückfallen wird, bleibt die Region ethnisch zerrissen und potenziell ein Unruheherd.

In internationalen Kreisen dominiert ein naiver Optimismus über tatsächliche Erfahrungen. Bosnien, Kosovo, Mazedonien und Serbien werden als Erfolgsgeschichten gelobt, wirtschaftliche Entwicklung und die Aussicht auf einen EU-Beitritt als Allheilmittel gegen nationale, ethnische und territoriale Streitereien angepriesen. Noch ist jedoch kein einziges der Balkanländer NATO-Vollmitglied, und nur Kroatien hat sich der EU angenähert. Die anderen Länder stecken in strukturellen Problemen mit einem exzessiven Staatsanteil, obsoletter Technologie, schattigen Eigentumsverhältnisse, allgegenwärtiger Korruption und schlechten Transportverbindungen. Viele Leute sind desillusioniert und entfernen sich von der Politik.

Bosnien hat den Sprung von der Dayton-Ära in eine Brüssel-Ära trotz aller Beteuerungen noch nicht geschafft. Wieder kamen in der Gemeindewahl zahlreiche Nationalisten an die Macht, während auf nationalem Niveau die Politik die ethnische Polarisierung der Kriegsjahre widerspiegelt. Bosnische Serben unterminieren weiterhin die gemeinsamen Institutionen des Dayton-Abkommens, und ein erneutes Blutvergießen kann nur durch die EU-Militärpräsenz verhindert werden.

In Mazedonien konnte nur haarscharf eine gröbere Krise vermieden werden. Wäre nämlich das neue Gesetz zur Dezentralisierung nicht in Kraft getreten, dann hätte dies einen zentralen Teil des Ohrid-Abkommens und damit die Unterstützung des Abkommens durch die albanische Minderheit in Frage gestellt.

Nirgends ist die Verbitterung größer als im Kosovo, dem UN-verwalteten Territorium, dessen Entwicklung blockiert bleibt – einerseits aufgrund der Ängste und der Unnachgiebigkeit der Serben, andererseits wegen der Frustrationen und Ungeduld der Albaner. Die so genannte Kontaktgruppe (Deutschland, Frankreich, Groß-

britannien, Italien, Russland und die USA) muss sich entscheiden, ob sie die Initiative für die Lösung des Status des Kosovo ergreifen wird oder ob sie so lange zuwartet, bis sie von den Ereignissen überrollt wird. Die kosovarischen Institutionen werden den Standard-Test wahrscheinlich nicht bestehen. Eine Aufschiebung des Endstatus wird aber die gespannte Situation vor Ort nicht ändern.

Washington und seine europäischen Alliierten können die Probleme der Region nur dann lösen, wenn sie einen gemeinsamen Ansatz entwickeln. Erst wenn die Streitparteien verstehen, dass Washington und Europa es ernst meinen, werden sie auch ernsthafte Verhandlungen führen. Kardinalprinzip für eine Lösung der im Mittelpunkt stehenden ethnischen Fragen sollte eine faire Behandlung von Minderheiten sein. Im Falle einer Unabhängigkeit des Kosovo müsste eine substanzielle internationale Führung gewährleistet sein, und die albanische Mehrheit müsste die Führung gewisser Dörfer und Stadtteile durch Serben akzeptieren. Schutz für serbische Minderheiten und großzügige EU-Finanzhilfe könnten Belgrad von dem Deal überzeugen, ohne im Gegenzug bosnisches Territorium zu verlangen. Ein derartiger Ansatz würde den politischen Anliegen sowie den Sicherheitsbedürfnissen beider Seiten entsprechen und nicht zur Teilung des Kosovo führen.

Wie Joseph in seinem Artikel abschließend bemerkt, liegt am Balkan der Teufel nicht so sehr im Detail, sondern im Unvermögen, Offensichtliches wahrzunehmen. Vielleicht sei es nicht möglich, die Balkanprobleme komplett zu „lösen“. Aber mit einer starken US-Führung, transatlantischer Zusammenarbeit und der Anwendung von klaren Prinzipien könnte die Pattsituation in der Region gebrochen werden – und Washington könnte sich anderen wichtigen Angelegenheiten zuwenden.

Caroline Stampfer